

# Möglichkeiten der Gestaltung inklusiver Schulsysteme

**Diskussionsimpulse**  
**Berlin, 21. September 2010**

**Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz**

Folie 1

**I Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen: Anschluss an andere zukunftsorientierte Entwicklungen und Diskurse**

**II Ausgewählte Forschungsergebnisse zur Inklusion / zum gemeinsamem Unterricht**

**III Vorschläge zur Umsetzung inklusiver Entwicklung auf der Ebene des Unterrichts, der Einzelschule, der Region, der Landesebene und länderübergreifend**

- Diskurs Kita als Bildungseinrichtung, auch für „Risikokinder“.
- Diskurs Qualitätssteigerung durch „guten Unterricht“ und Individualisierung.
- Diskurs Kritik von Homogenisierungsmechanismen im Bildungssystem.
- Diskurs (Un)Gerechtigkeit und Chancen(un)gleichheit.
- Diskurs veränderte Erzieher- und Lehrerkompetenzen.
- Diskurs regionaler Vernetzungsnotwendigkeiten“ in der Arbeit mit (förderbedürftigen) Kindern und Jugendlichen.
- Diskurs stärkere Teilhabe von Akteuren im Bildungssystem (Eltern, Schülern) und von Behinderten im öff. Raum.
- Diskurs veränderte Kindheit – Kinder als Akteure.
- Diskurs Folgen demografischer Entwicklung für das Bildungsangebot, bes. im ländlichen Raum.

# I Begriffswandel: Von Integration zu Inklusion, von „Behinderten“ zu „Förderbedarf“

- Gemeinsamer Kern von Integration und Inklusion sind gemeinsame Lernsituationen im gemeinsamer Unterricht (GU).
- GU ist daher schon immer „inklusiv“. Förderschulen und Behinderten-Außenklassen in Regelschulen sind dies nicht.
- Der Begriffswandel der Institutionen (Sonderschule: Förderschule) und der Diagnose-Etiketten (...-Behinderte: sonderpäd. Förderbedarf...) löst kein Problem, sondern täuscht neue Realität nur vor. Er erhöht die diagnostische Diffusität, Willkür der Zuschreibung (vgl. Länderdaten) und Bereitschaft der Zuschreibung (Anstieg der Förderquoten).
- Die Inklusion erfordert eine systemische Antwort in und um Kita und Schule, über Einzelfallförderung hinaus.
- Inklusion steht antinomisch zu herkömmlichen schulinternen Selektionsmechanismen und stellt diese implizit in Frage – ist dabei aber dennoch möglich.
- Inklusion ist wertgebunden – ein Bildungsverständnis von Vielfalt und Gemeinsamkeit, Wertschätzung und Anspruch.

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 4

## Pädagogische Inklusionsziele:

1. Jedes Kind gehört zur allgemeinen Lerngruppe – von Anfang an (gemeinsamer Unterricht).
2. Kein Kind wird abgeschoben – auch bei Problemen.
3. Dauerhafte Sondergruppen in Kitas und Schulen werden vermieden.
4. Individuelle Potenziale / Stärken sind Ausgang der Förderung. Fördererfolg misst sich an der Erreichung individueller Lern- und Entwicklungsziele.

## Bildungspolitische Inklusionsziele (benchmarks):

1. Abbau der sozialen, behinderungsbezogenen, ethnischen und geschlechtsspezifischen Benachteiligung, sichtbar in Kompetenzen und Abschlüssen.
2. Zukunftsfähige Persönlichkeitskompetenzen – learn to know, to do, to be, to live together (Unesco).
3. Stärkung der sozialen Bindungen und Aktivitäten, von Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

## II Ausgewählte Forschungsergebnisse zur Inklusion und zur Förderschule

- Je früher Kinder in Förderschulen kommen, desto ungünstiger ist die kognitive Entwicklung („didaktischer Reduktionismus“, „kognitive Friedhofsruhe“).
- Kinder mit Lernproblemen lernen in leistungsgemischten Klassen mehr – kognitiv und sozial.
- Sondergruppen in Regelschulen („Außenklassen“) sind ineffektiver als gemeinsamer Unterricht.
- Leistungsstarke Schüler/innen in GU-Klassen lernen kognitiv mindestens gleich viel wie in nichtintegrativen Klassen. Deutlicher Zuwachs bei sozialen und demokratischen Kompetenzen.
- Die Zufriedenheit und die Lernmotivation integrierter Kinder mit Förderbedarf ist hoch – Schuldistanz gering.
- Der stärker individualisierte GU-Unterricht führt zu einem besseren Klassenklima und zu einer besseren sozialen Einstellung aller Kinder. Kinder helfen gern!
- Eltern nichtbehinderter Kinder erleben in GU-Klassen den Zuwachs an Individualisierung und Förderung auch für ihre eigenen Kinder. Erfahrung stiftet Zustimmung.

## III Umsetzung inklusiver Bildung: Mehr-Ebenen-Konzept

- 1. Ebene:** guter, lerneffektiver und zugleich sozial befriedigender inklusiver Unterricht.
- 2. Ebene:** Inklusives, partizipatives Schulleben – akzeptierende Schulkultur und zureichende Ausstattung in einer ganztägig offenen Schule.
- 3. Ebene:** Vernetzung der Schulen mit Kinder- / Jugendarbeit, Jugendhilfe, der Unterstützung von Menschen mit Beratungs- und Hilfebedarf in der Region, Selbsthilfeeinrichtungen und der Kommune.
- 4. Ebene:** Landespolitisch zureichende Rahmenbedingungen für ein inklusives allgemeines Bildungs- und Sozialwesen vom Kindergarten und der Frühförderung über Schule und Ausbildung bis zum lebenslangen Lernen.
- 5. Ebene:** länderübergreifend (KMK, Bund, IfM, Dt. Unesco, Stiftungen, Verbände usw.).

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 7

## III Umsetzung: Aktionsebene „guter (inklusive) Unterricht“

- **Lernen mit allen Sinnen und durch Handeln.**
- **Lernen durch Partizipation (Wahlmöglichkeiten).**
- **Lernzeit intensiv nutzen. Klarheit der Aufgaben.**
- **Individuelle Passung, differenzierte Leistungsansprüche (auch lernzieldifferent).**
- **Kommunikatives Lernen, Peer-Peer-Lernen.**
- **Verantwortungsaufgaben auch für „schwierige“ Kinder.**
- **Häufiger Wechsel der Sozialformen.**
- **Vielfältige, auch „neue“ Medien.**
- **Teamarbeit im Raum. Realisierung des 4-Augen-Prinzips.**
- **Freundlich-aner kennender, klarer Lehrstil.**
- **Entwicklungsgespräche mit Zielvereinbarungen mit Kindern und ihren Eltern.**
- **Kürzere Förderpläne und Überprüfung.**
- **Transparente Rechenschaftslegung gegenüber der Schule.**

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 8

### III Umsetzung: Aktionsebene Einzelschule

- \* Alle Kinder werden aus den inklusiven Kindergärten aufgenommen. Auf Zurückstellungen wird verzichtet.
- \* Auf Diagnose-Förderklassen wird zugunsten flexibler GS-Dauer (jahrgangsübergreifendes Lernen) verzichtet.
- \* Außenklassen in Regelschulen werden durch innerschulische Inklusionskonzepte ersetzt.
- \* In jeder Schule wird ein Zentrum unterstützende Pädagogik (ZuP) eingerichtet, mit Sonderpädagogen, Sozialarbeitern / Erzieher/innen (bei GTS), die die schulinterne Förderung und die außerschulische Vernetzung organisieren.
- \* Die Leitung des ZuP ist Teil der Schulsteuerungsgruppe. Fachkonferenz für ZuP-Mitarbeiter.
- \* Für time-out-Situationen wird eine Schulstation („Trainingsraum“) mit Sozialarbeitern geschaffen.
- \* Rechenschaftslegung erfolgt jährlich schulintern und nach außen (anonymisiert).

#### Grundausrüstung für den Förderbereich Lernen / emsoz / Sprache (LES):

##### Grundschulen: (Frequenz-Obergrenze: 22)

Basisausstattung Sopä-Lehrerstunden für Förderung  
LES bei einer 3zügigen GS Kl. 1-4 mit 22-Frequenz: 264  
Schüler; 4,5% = 11,88 (Schüler); x 3,5 h = 41,6 h.

##### Sekundarschulen: (Frequenz-Obergrenze: 24)

Basisausstattung Sopä-Lehrerstunden für Förderung  
LES bei einer 4zügigen Sekundarschule 5-10 mit 24-  
Frequenz: 576 Schüler; 4,5% = 25,92 (Schüler); x 3,5 h =  
90,7 h.

#### Ausstattung für übrige Förderbereiche:

Beibehaltung indiv. Feststellung und indiv. Bedarf 5-8 h  
Sonderpädagogik plus indiv. Prüfung zusätzlicher  
Betreuungs- oder Assistenznotwendigkeit

Möglichst keine Einzelintegration, sondern integriert in  
Integrationsklassen mit Förderausstattung LES und  
Kindern anderer Behinderungen / difficulties.

### III Umsetzung: Aktionsebene Region (Kreis, kreisfreie Stadt oder Verbände)

- \* Pro Region Aktionsplan, der die konkreten Zeitschritte, quantitativen Ziele bis 2020, Verantwortlichen und eine Gesamtrechnung (der Zusatzkosten wie der Einsparungen) enthält. Jährliche Fortschreibung.
- \* Zur Begleitung der Umsetzung des Aktionsplans wird ein Inklusionsbeirat geschaffen, der alle Akteure und Betroffenen einbezieht. Jährliche öffentliche Erörterung der Entwicklung.
- \* Pro Region wird ein/e Ombudsman /-frau beim Behindertenbeauftragten geschaffen (Beratung, Konfliktklärung, Zuarbeit Monitoring).
- \* Informationsmaterial für Inklusion (Vorschule/Schule/Ausbildung/Lebenslanges Lernen) in den zentralen Betroffenen-Sprachen werden kooperativ mit Vereinen / Verbänden entwickelt.
- \* Gemeinsame Inklusions-Fortbildung (Lehrkräfte, Sozialpädagogen/Erzieher, Schulaufsicht, Jugendhilfe...)

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 12

## III Umsetzung: Aktionsebene Region (Kreis, kreisfreie Stadt oder Verbände)

### Folgen für regionale Schulentwicklungsplanung:

1. Auslaufen aller Förderschulen LES ab 1. und 5. Schj.
2. Verlagerung der Sonderpädagogik-Stellen in allg. Schulen ab 1. und 5. Schj.
3. Terminplanung für Schließung von Schulen
4. Einsparungen durch Wegfall von Hausmeistern, Schulsekr., Betriebskosten und Rückgang Beförderung werden zugunsten Aufbau regionale Beratung/ Rebus eingesetzt.
5. Übrige Förderschwerpunkte: Option inklusiver Kindergarten- und Schulerziehung steigt mit Erfahrung (anderer Eltern) und wachsender Information. Planerisch barrierefreie Schwerpunktschulen (kEntw, Hören Sehen). In vorhandenen Förderschulen ist innerhalb von fünf Jahren von einem, auch demografisch bedingtem, Rückgang um mindestens 50% Schüler auszugehen, wenn die inklusive Ausstattung gesichert ist.

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 13

## III Umsetzung: Land

- 1 Auf Landesebene wird ein Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion bis 2020 vorgelegt, der konkrete Zeitschritte, Ziele, Verantwortliche, den Vergleich zur nationalen und internationalen Entwicklung und eine Gesamtrechnung (der Zusatzkosten wie der Einsparungen bei Betriebskosten und Schulbau) einschließt.
- 2 Ein Landes-Inklusionsbeirat aller Akteure begleitet die Umsetzung.
- 3 Schulgesetz, Verordnungen und Rahmenpläne werden inklusiv angepasst. Das Schulgesetz enthält das Recht jedes Kindes auf Inklusion. Gesonderte („zieldifferente“) Rahmenpläne werden in die allgemeinen Rahmenpläne an entsprechenden Stellen integriert.
- 4 Der jährliche Inklusions-Landesbericht an das Bundes-Monitoring wird ins Netz gestellt und öffentlich mit allen Akteuren auf Landesebene beraten.

### III Umsetzung: Land

- 5 Das Land überträgt den Kreisen /kreisfreien Städten die Entscheidung über die Schließung einzelner Förderschulen.
- 6 Die Kosten für die Beförderung behinderter Schüler/innen werden vom Land nur für die nächst gelegene, inklusive allgemeine Schule übernommen.
- 7 Zur Klarheit für Kostenübernahme sind auf Landesebene verbindliche Vereinbarungen zwischen verschiedenen Kostenträgern (u.a. Bildung / Sozialbehörde / Krankenkassen) zu treffen. Haushaltsvorbehalte entfallen.
- 8 Lehrerbildung: Pflichtmodul Inklusion/ Heterogenität / Individualisierung / Teamarbeit in *alle* Lehrämter (1. und 2. Phase).- Für „Neueinsteiger“ in gemeinsamen Unterricht verbindliche Fortbildung.- Sonderpädagogik LES auch als Zweifach der allg. Lehrämter.- 3sem. Weiterbildungsangebot „inklusive Unterricht in guten Schulen“.

### III Umsetzung: länderübergreifend (Beispiele)

- \* **KMK: Überprüfung der Standards und der Lehrerbildungsvereinbarungen unter Aspekten der Inklusion.**
- \* **KMK: Ausbau der Mitwirkung an europäischen Inklusionsaktivitäten und Projekten (u.a. European Agency).**
- \* **KMK: Beseitigung der Rechtsvorbehalte (vgl. KMK-Papier 2010!).**
- \* **Bund: Die Monitoring-Berichte von Bund und NGOs werden durch mitfinanzierte Foren begleitet.**
- \* **Unesco und Stiftungen bauen den Jacob-Muth-Preis aus: neben inklusiven Einzelschulen wird sozialräumliche Inklusion gefördert.**

## **Schlussfolgerung:**

*Das vorgeschlagene mehr-Ebenen-Konzept ermöglicht einen gesellschaftlich akzeptierten, zeitlich klaren und finanzierbaren Prozess zur Inklusion.*

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz**

Folie 17

# Quellen und Literatur

- Arnold, K.-H. / Graumann, O. / Rakhkochkine, A. (Hg.): Handbuch Förderung. Weinheim und Basel 2008.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010. Gütersloh.
- Demmer-Dieckmann, I. / Textor, A. (Hg.): Integrationsforschung und Bildungspolitik im Dialog. Bad Heilbrunn 2007.
- Klemm, K.: Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven. Gutachten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2010.
- Klemm, K. / Preuss-Lausitz, U.: Gutachten zum Stand und zu den Perspektiven der sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Stadtgemeinde Bremen. Essen und Berlin 2008
- KMK: Pädagogische und rechtliche Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Stand 29. 4. 2010.
- Preuss-Lausitz, U.: Separation oder Inklusion. In: Bos, G. u.a. (Hg.): Jahrbuch für Schulentwicklung 16. Weinheim und München 2010, 155-181.
- Unesco, Deutsche Unesco-Kommission: Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik. Bonn 2009.

**Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz**

Folie 18

## II Realität: Diagnostische Fachkompetenz oder Irrationalität? (KMK 2008; Schj. 06/07))

|             | Geringster Anteil | Durchschnitt D | Höchster Anteil |
|-------------|-------------------|----------------|-----------------|
| Lernen      | 1,4 By            | 2,7            | 5,7 MV          |
| Emsoz       | 0,2 Nsa           | 0,6            | 1,4 Th          |
| Sprache     | 0,4 Nsa           | 0,6            | 1,3 MV          |
| g. Entw.    | 0,7 BW            | 0,9            | 1,8 MV          |
| körp. Entw. | 0,2 By            | 0,35           | 0,7 HH          |
| Hören       | 0,1 BW            | 0,2            | 0,3 ST          |
| Sehen       | 0,03 Nsa          | 0,08           | 0,13 Saar       |

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 19

## II Realität: Feststellungsdiagnostik in der Krise

Wandel der Förderzuschreibung 1997 – 2006 am Beispiel Baden-Württemberg (in v.H.): Verschiebung der Diagnose



■ Lernen ■ Em-Soz ■ Sprache ■ Summe LES ■ gEntw.

Prof. Dr.  
Ulf Preuss-  
Lausitz

Folie 20